



BAD OLDESLOE FUSSGÄNGERZONE, HALLENBAD: WER LÖST DIE PROBLEME?

Streit lähmt Stadtentwicklung

19 491 Bürger sind wahlberechtigt

596 Oldesloer im Alter zwischen 16 und 18 Jahren dürfen erstmals als Jungwähler mitbestimmen. Von den insgesamt 24 167 Oldesloern können 19 491 wählen. Vier Parteien sind im Stadtparlament vertreten: Die CDU hat mit 15 Sitzen die absolute Mehrheit. Die SPD ist mit sieben Sitzen vertreten. Auf die Grünen entfallen drei und auf die FDP zwei Sitze. Die Parteien schicken ihre Fraktionsvorsitzenden als Spitzenkandidaten ins Rennen: Horst Möller (53, CDU), Hagen von Massenbach (38, SPD), Gerold Rahmann (46, Grüne) und Karl-Reinhold Wurch (60, FDP). (cv)

Strittige Themen wurden in der zu Ende gehenden Wahlperiode nicht abgearbeitet. Jetzt müssen die Nachfolger ran.

Claus Vogel
Bad Oldesloe

Gestritten haben die Politiker in den vergangenen Jahren genug. Dabei haben sie oft die Stadtentwicklung verzögert: 2006 wollten CDU und FDP ein Thermalbad neben dem leer stehenden Hotelkomplex im Gewerbegebiet West bauen – SPD und Grüne waren dagegen. Und sie hatten bei einem Bürgervotum Erfolg: Die Mehrheit sprach sich für den Erhalt des alten Hallenbads aus.

Nun ist dort die Art der Modernisierung umstritten. Die CDU möchte die über 30 Jahre alte Halle sanieren und dazu ein Bewegungsbecken und einen Schwitzraum anbauen sowie das Kurhaus abreißen.



Bieder und unübersichtlich – das sind zwei Kritikpunkte an der Fußgängerzone. Für die neuen Oldesloer Stadtverordneten ist die Modernisierung der Einkaufsmeile eine der großen Aufgaben.

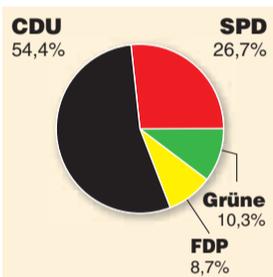
FOTO: JR

SPD und Grüne plädieren für den Einbau einer Sauna in das zu renovierende Kurhaus sowie für eine Gastronomie mit Snacks und Getränken statt eines Automaten für Limonade und Kaffee.

Gestritten wurde auch um den Steinfelder Redder. Dort setzte die mit einer satten Mehrheit im Rathaus agierende CDU gemeinsam mit der FDP ein Neubaugebiet durch – gegen SPD, Grüne und eine

Bürgerinitiative. Mit ihrem Votum können die Oldesloer am 25. Mai deutlich machen, welchem der Streithähne sie eher die Lösung der Probleme in der Kreisstadt Bad Oldesloe zutrauen.

Fünf Fragen an die Spitzenkandidaten



So wählten die Oldesloer im Jahr 2003.



Spitzenkandidat der Christdemokraten ist der Verwaltungsfachwirt Horst Möller (53).



SPD-Spitzenkandidat ist der Verwaltungsangestellte Hagen von Massenbach (38).



Spitzenkandidat von Bündnis 90/Grüne ist der Agrar-Professor Gerold Rahmann (46).



FDP-Spitzenkandidat ist der Rechtsanwalt und Notar Karl-Reinhold Wurch (60).

Welches politische Ziel ist für Sie besonders wichtig?

Die hohe Lebensqualität für alle Generationen verbessern. Über eine weitere deutliche Entschuldung (zurzeit belasten Zinsen und Schuldentilgung in Höhe von 1,3 Millionen Euro jährlich die Stadt) zusätzliche Mittel für Schulen, Krippen, Naturschutz freisetzen.

Ich möchte politische Entscheidungen transparent machen und die BürgerInnen an den Entscheidungen beteiligen, Stellen für Sozialpädagogen für alle Oldesloer Schulen und zusätzliche Fahrradboxen am Bahnhof zur kostenlosen Benutzung schaffen.

Kostenloses Mensa-Essen für alle Schüler – und die Baumschutzsatzung möchte ich wieder einführen. Weitere Ziele: Umstellung auf ausschließlich regenerative Energie bis 2020 und die Einführung einer „Lotzen-Stelle“ für Senioren.

Wichtigstes Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation aller unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes, die Anpassung unserer Schulen an das neue Schulgesetz und eine gute Kinderbetreuung.

Wie viel Bevölkerungswachstum verträgt Bad Oldesloe mit Blick auf die zu schaffende Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, etc.)?

Nach einem Gutachten ist eine Größe von 27 000 bis 28 000 Einwohner unkritisch. Über ständig fortgeschriebene Schul- und Kindergartenbedarfspläne ist der Bedarf für diese Bereiche ablesbar.

Oldesloe soll wachsen, aber nicht in ökologisch wertvolle Landschaftsschutzgebiete. Alle müssen ihr Recht auf Kindergarten und geeignete Schulplätze, Sportanlagen etc. verwirklichen können.

Bevölkerungswachstum wird eintreten, dieses sagen Studien und Fakten wie der Steinfelder Redder als Baugebiet. Das können auch neue Mehrheiten nicht ändern. Hier kommen hohe infrastrukturelle Aufgaben auf Oldesloe zu.

Bad Oldesloe hat erheblich in die Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten investiert. Die Voraussetzungen, um eine „junge Stadt“ zu bleiben, sind vorhanden. 2000 Menschen können mittelfristig noch eine Heimat finden.

Der Handel klagt über Parkgebühren für seine Kunden. Sollte man sie abschaffen, modifizieren, erhalten?

Auf dem Exer gibt es eine große Anzahl gebührenfreier Plätze. Gebühren werden auch in Zukunft in der Innenstadt erhoben, damit eine größere Fluktuation der Parker gewährleistet bleibt. Über eine zusätzliche Möglichkeit zum Abrechnen der Parkzeit zum Beispiel über Handy-Parken oder die Einführung einer Kombikarte mit Gültigkeit für mehrere Parkplätze wird diskutiert.

Die Stadt kann auf die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung nicht verzichten. Allerdings will die SPD eine gerechtere Abrechnung – nur die effektiv genutzte Zeit soll bezahlt werden. Wer in Ruhe einkaufen will, darf nicht durch die Parkuhr unter Zeitdruck gesetzt werden. Wer ein Parkticket erworben hat, muss dieses überall benutzen können.

Die Parkgebühren sollten auf den Exer ausgeweitet werden. Das Geld muss zweckgebunden für die Innenstadt-Attraktivierung genutzt werden, die Geschäftsleute können an der Verwendungsentscheidung beteiligt werden. Eine attraktive Innenstadt muss auch Bedürfnisse wie Erholung und Entspannung befriedigen. Dagegen kann ein kostenloses Parken in Verbindung mit Park & Ride in Außenbereichen ermöglicht werden.

Parkgebühren sind aus Sicht der FDP im Innenstadtbereich erforderlich, um Dauerparker zu verhindern und entstehende Kosten teilweise zu decken. Wir wollen die Innenstadtbesucher aber vom „Knöllchenteror“ befreien und Schrankenanlagen installieren, damit bei Verlassen des Parkplatzes gezahlt werden kann. Für zwei Stunden sollte das Parken kostenfrei sein.

Bleibt das Thema Hallenbad ein Dauerbrenner oder drängen Sie nach der Wahl auf schnellen Sanierungsbeginn?

Der Hauptausschuss hat die Sanierung auf Grundlage der Variante 4 beschlossen. Lediglich der gewünschte Erhalt der Gastronomie und eine andere Nutzung des Kurmittelhauses statt Abriss ist noch zu klären.

Ich werde schnellstmöglich umfassende Attraktivierungsarbeiten einleiten. Ein wettbewerbsfähiges Schwimm- und Lehrschwimmbecken, ein Therapiebecken, eine Sauna sowie der Erhalt der Gastronomie sind ein „Muss“.

Bislang kann ich nur Hinhaltetaktik von CDU und Verwaltung erkennen (lange Planungsphasen, schlechte Vorlagen). Die Bindungsfrist des Bürgerentscheids läuft im Oktober aus. Nach der Wahl werden die heutigen Aussagen relativiert („Alles zu teuer!“).

Auf Drängen der FDP ist beschlossen worden, auf der Grundlage der Variante 4 die Halle zu erneuern. Mit den Bauarbeiten soll in der ersten Hälfte 2009 begonnen werden, wenn neue politischen Mehrheiten nicht alles wieder zurückdrehen.

Greifen Sie die Themen Trave-Parkplatz (hinter dem M&H-Kaufhaus) und Fußgängerzone nach der Wahl auf?

Wir wünschen uns immer noch ein großes Einzelhandelsunternehmen als Magnet für ganz Bad Oldesloe an diesem Ort. Die ersten Schritte der Attraktivierung der Fußgängerzone (Spielgeräte, Bänke, Wassersäule usw.) beginnen bereits im Juni 2008. Für eine bessere Begehrbarkeit der Mittelrinne sind bereits Vorschläge gemacht worden.

Die überhastete Politik der CDU hat Bad Oldesloe in eine lähmende Rechtssituation gedrängt. Die SPD wird versuchen, dieses Herzstück für unsere BürgerInnen zurückzugewinnen oder mit den Investoren einen Fortschritt zu erzielen. Die Situation am Trave-Parkplatz wird uns noch lange ein mahnendes Beispiel bleiben!

Siehe Punkt 3. Für die Innenstadt-Attraktivierung ist ein besseres Angebot förderlicher als kostenloses Parken.

Der Trave-Parkplatz und die Fußgängerzone sind und bleiben ein sehr wichtiges Thema für Bad Oldesloe. Leider sind in der Vergangenheit nicht von uns zu verantwortende Fehler gemacht worden. Wenn der jetzige Eigentümer nicht kurzfristig investiert, muss die Stadt versuchen, wieder Eigentümer des Parkplatzes zu werden.